



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kaindl, Friedrich Raimund: Die neue Wendung der polnischen Frage :
September bis Dezember 1917

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

manche ohnehin Mißvergünstigte den „Zusammenbruch“ des amtlichen Gefüges herannahen sehen. In welcher Beziehung der Zusammenbruch stattfinden soll, ist allerdings nichts weniger als deutlich erkennbar. Die öffentliche Bewirtschaftung kann, wie bereits dargelegt, überhaupt nicht preisgegeben werden, ohne daß eine wüste Anarchie auf den Lebensmittelmärkten platzgreift. Also kann es sich immer nur um Korrekturen handeln, sei es, daß der Zwang zur Ablieferung der den gesetzmäßigen Ordnungen entzogenen Waren durch verschärfte Kontrolle wirksamer gemacht wird, sei es, daß nunmehr der Fachhandel zur Heranziehung und Verteilung der vom Markt verschwundenen Lebensmittel in erweitertem Maße wiederum eingeschaltet wird, was aber nur geschehen könnte, wenn auf die Verpflichtung zur Befolgung der Höchstpreise verzichtet wird. Die Meinungen der Kritiker unserer Ernährungspolitik, die entweder der einen oder anderen Richtung zuneigen, entsprechen ziemlich genau den gegensätzlichen Interessen zwischen Produzenten und Konsumenten, Staatssozialismus und Wirtschaftsliberalismus, Bedarf und Verbrauch, Stadt und Land.

Das für die Bewahrung des staatlichen Versorgungswesens verantwortliche Kriegsernährungsamt kann gegenüber den Anfechtungen von rechts und links nur auf der bisher eingenommenen mittleren Linie beharren und den Zusammenbruchsideen seiner Kritiker mit planmäßiger Fortsetzung seiner Arbeiten begegnen. Die objektive Beurteilung der zweifellos vorhandenen, teilweise kaum erträglichen Ernährungsschwierigkeiten, sowie der strafwürdigen, in manchen Stücken aber auch entschuldbaren Verfehlungen gegen die obrigkeitlichen Verfügungen muß ihm den Weg zeigen, um den die Allgemeinheit schädigenden Mißständen zu Leibe zu gehen, ohne die Erwerbsinteressen ganz an die Wand zu drücken. Was hierzu geschehen muß, mag der wirtschaftliche Generalstab des Herrn von Baldow feststellen. *)



Die neue Wendung der polnischen Frage

September bis Dezember 1917

Von Professor Raimund Friedrich Kaindl



n unseren früheren Aufsätzen**) wurde gezeigt, daß die Proklamation vom 5. November 1916 niemanden befriedigt hatte. In Polen ging es keinen Schritt vorwärts. Den Ausbau der Sonderstellung Galiziens nahm niemand ernst; denn selbst die gemäßigten Polen gaben die Hoffnung auf den Anfall dieses Landes an Polen nicht auf. Die Ententestaaten wurden durch die Konzessionen der Zentralmächte an die Polen

*) „Vierzig neue Bekämpfungsmöglichkeiten des Kriegswuchers“ bietet Dr. jur. Andreas Thomson, Professor des Strafrechts in Münster i. W., Beiratsmitglied des preussischen Kriegswucheramts, in einer kürzlich erschienenen Schrift. (Helwingsche Verlagsbuchhandlung, Hannover 1917. Geheftet 1 Mark). Die Schriftleitung.

**) Vgl. „Grenzboten“ 1916 Nr. 39 und 50, und 1917 Nr. 29 und 42.

veranlaßt, die polnischen Emigranten mit allerlei Versprechungen zum Widerstand gegen das neue Polen zu bewegen, und ihre Agenten schürten in Polen und in Galizien gegen Österreich und Deutschland und hezten zu immer weitergehenden Forderungen. Jede ruhige Arbeit wurde so in Polen verhindert; die jagiellonische Idee mit ihrem Schlagwort von Meer zu Meer lebte auf und regte die Gemüter hüben und drüben auf. Die Warschauer Regierung wurde nicht allgemein anerkannt; im Ausland entstanden Nebenregierungen, und während die Bildung des polnischen Heeres in Polen im Anschluß an die Legionen verhindert wurde, ging man an die Schaffung von polnischen Armeen in den Ententeländern. Die polnischen Parteilungen in Polen gestalteten sich wirrer als je früher. Unter den österreichischen Polen erhielten die unruhigen Elemente die Oberhand; der Polenklub trat zur Regierung in Opposition, nicht so sehr wegen der galizischen Verhältnisse, sondern wegen des neuen Polens, seines Ausbaues und seines Heeres.

Wir haben gesehen, wie schließlich der polnische Staatsrat infolge dieser gegen ihn von polnischer Seite betriebenen Opposition und der sonst ganz unhaltbaren Verhältnisse zurücktrat (29. August), trotzdem die Erfüllung weitgehender Zugeständnisse durch Österreich und Deutschland bevorstand. Der Pilsudskifall und die damit zusammenhängende Abziehung der Legion aus Polen war nur der Vorwand für diesen Rücktritt. Der „Dziennik Lubelski“ stellt daher schon am 3. September fest, daß von einer Liquidierung der bisherigen polnischen Politik keine Rede sein könne. Auch der Austritt der Linken aus dem Staatsrate sei nichts anderes gewesen, als „lediglich eine Feststellung der Tatsache, daß die Politik in den bisherigen Bedingungen nicht geführt werden könne. Sollten sich jedoch die Bedingungen insofern grundsätzlich ändern, als unsere Interessen nicht nach der Auffassung fremder berücksichtigt werden, sondern danach, was die Gesellschaft selbst verlangt, dann ist die Wiederaufnahme der gemeinsamen Arbeit durchaus möglich . . .“*) Und „Gozdina Polski“ vom 6. September führt aus: „Der Befehl des Ausmarsches der Legionen auf das galizische Gebiet, der die Meinung des Königreiches so aufwühlte und beunruhigte, kann gleichzeitig ein Herausreißen der Legionen aus der vergiftenden Atmosphäre des Politisierens werden, ein Zurückführen auf das den Legionen eigene Gebiet der Tat, ein Wiedererwecken der früheren Stimmung, der Anfang neuer, gemeinsam mit den Armeen der Zentralmächte über den gemeinsamen und noch immer drohenden Feind erfochtener Siege.“ Im großen und ganzen griff auch sonst eine ruhigere Stimmung um sich**), zumal am 1. September die polnischen Gerichte eröffnet und eine Verlautbarung der neuen Zugeständnisse bevorstand.

Diese wurden bekanntlich mit dem Patent vom 12. September am 15. September gleichzeitig von Österreich und Deutschland verkündet. Polen erhielt damit im Regentschaftsrat eine Vertretung, die bis zur Berufung des künftigen Staatsoberhauptes als oberster Vertreter des polnischen Staates gilt und unter dem Vorbehalt der völkerrechtlichen Stellung der Okkupationsmächte die Rechte des Staatsoberhauptes ausübt. Er beruft den Ministerpräsidenten, den zu beistimmen die verbündeten Mächte sich vorbehalten. Der Ministerpräsident hat teils

*) Diese und andere im folgenden benutzte Stellen entnehme ich der Zeitschrift „Mitteleuropa“.

**) Vgl. „Mitteleuropa“ Nr. 13 S. 186.

selbst, teils mit den Okkupationsbehörden die Regierungsbehörden (Ministerien) zu organisieren. Ein erweiterter und mit vermehrten Rechten ausgestatteter Staatsrat soll Vorläufer des polnischen Landtages sein und die Gesetzgebung besorgen. Während der provisorische Staatsrat nur beratende Stimme hatte, erhält der neue auf legislativem Gebiete beschließende Stimme. Bemerkenswert ist, daß gleichzeitig in den kaiserlichen Handschreiben und in den offiziellen Mitteilungen des Wiener „Fremdenblattes“ und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ darauf verwiesen wurde, daß dieser Ausbau Polens „im selbstgewählten Anschlusse an die Mittelmächte“, „auf der Basis fester nachbarlicher Gemeinschaft mit den Staaten der Mittelmächte“ stattfindet.

Die Aufnahme dieser Zugeständnisse war im ganzen in Polen ziemlich kühl. Der Warschauer „Kurjer Polski“ vom 16. September verwies darauf, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die oktroyierte Verfassung nur als eine durch den Kriegszustand bedingte Form bezeichne. „Aber es wäre ein schlimmeres Zeichen der Verblendung, diejenigen Horizonte zu übersehen, welche uns das Septemberpatent auf dem Gebiete der Staatsbildung eröffnet. Wir erhalten in Wirklichkeit die oberste Staatsgewalt, den obersten Repräsentanten des polnischen Staates, nämlich den Regentschaftsrat. Ferner erhalten wir die gesetzgeberische und die kontrollierende Gewalt, welche dem Landtag unmittelbar vorangeht und ihn vertritt, nämlich den Staatsrat. Schließlich die Exekutivgewalt, die in einem besonderen Artikel des Patentes erwähnt wird und die Rechtsgültigkeit der Verordnungen des Regentschaftsrates von der ministeriellen Gegenzeichnung abhängig macht. Von diesen drei Körpern wird der Staatsrat zuletzt entstehen . . . Laßt uns der guten Hoffnung sein, daß das Ausführungsgesetz, welches dem Patent folgen muß, in einem schnelleren Tempo realisiert werden wird, als die von dem früheren Staatsrat erlassenen Gesetze, und daß die Beschleunigung das Vertrauen stärken wird, welches allein zum Zement werden kann, der die freundschaftlichen Beziehungen der benachbarten Völker von europäischer Kultur zusammenfügt.“ Ähnlich führt der Krakauer „Piaſt“ unter der Überschrift „Was gibt der September-Akt“ aus: „Der September-Akt bringt zweifellos viel, aber jedenfalls nicht so viel, wie seitens der polnischen Volksgemeinschaft erwartet wurde und mit Recht erwartet werden konnte. Es ist nur der erste Schritt zur praktischen Lösung der Unabhängigkeit des Königreiches, ein Schritt, der keine wirkliche Unabhängigkeit gibt, sondern erst deren Möglichkeit schafft. Das, was der September-Akt gibt, ist, wie die deutschen Zeitungen feststellen, eine Freiheit unter Kuratel, eine gesetzgeberische Macht unter fremdem Patronat, eine Verwaltungsbefugnis am Bande und unter Aufsicht. Aus jedem Abschnitt des Patentes lugt der Generalgouverneur hervor, der über der Volksgemeinschaft und über den dieser Volksgemeinschaft gegebenen angeblichen Staatsämtern steht. Man hoffte, daß in dem Patent vor allem die Aufhebung der Okkupationsgrenzen festgestellt sein werde. Dies ist leider nicht geschehen. Man rechnete damit, daß das Patent die litauische und kurländische Frage berühren werde, um so mehr, als die deutsche Presse ihnen in der letzten Zeit viel Interesse gewidmet habe. Die litauische und kurländische Frage ist in dem Patent mit keinem Worte erwähnt. Schließlich nahm man an, daß das Patent die polnische Meerfrage klarstellen und damit zugleich der Krise unter den Regionen ein Ende machen werde. Leider wurde diese Angelegenheit

weder in dem Manifest noch in den Patenten berücksichtigt, und doch wäre dies die einfachste Feststellung, daß in Sachen des polnischen Staatsbaues ein Wendepunkt eingetreten sei und daß die Okkupationsmächte die wesentlichsten Wünsche des Volkes berücksichtigen.“ Hier wird also die wichtige Frage des Umfanges Polens angeschnitten, wobei bezeichnenderweise nach dem Schicksal von Kurland und Litauen vor allem gefragt wird. Der Anfall der ruthenischen Gebiete an Polen scheint dem Krakauer Blatte so sicher zu sein, daß es das gar nicht erörtert. Interessant ist, daß Lempicki, das bekannte Mitglied des provisorischen Staatsrates, auch in dem der Regierung nahestehenden Wiener „Fremdenblatt“ (Ende September) für die Unterstützung der aktivistischen*) Partei in Polen durch die Zentralmächte eintritt und dazu Vorschläge macht (eigene polnische Regierung, Armee, Bundesgenossenrechte, Befreiung der polnischen Kriegsgefangenen). Sonst fand die starke Betonung der Patente über den Aufbau Polens „im Anschluß an die Mittelmächte“ keinen lautereren Widerhall. Doch rief dies ganz offenbar das Gerücht hervor, das der „Illustrierte Kurjer Czodzienny“ (Krakau, 20. September) verzeichnet. Danach hätten die Zentralmächte von dem Regenschaftratsrate ein enges Bündnis mit den Zentralmächten und sofortige Kriegserklärung an Rußland verlangt. „Das Gerücht habe in Warschau, obgleich es unwahrscheinlich ist, großen Eindruck gemacht.“ Welcher Art dieser sei, wird nicht gesagt. Sonst waren die Erörterungen der polnischen Presse den Kandidaten des Ministerrates und der Person des Ministerpräsidenten gewidmet. Am hundertsten Todestage Kosziuskos (15. Oktober) wurden mit dem Handschreiben beider Kaiser der Warschauer Erzbischof Kozłowski, der Stadtpräsident von Warschau Fürst Zubomirski und der Großgrundbesitzer Josef von Ostrowski als Mitglieder des Regenschaftrates eingesetzt. Inzwischen konnte als Zeichen, daß sich die Verhältnisse beruhigt hatten, schon im September auch die Wiedereröffnung der Warschauer Universität für anfangs November angekündigt werden. Tatsächlich fand diese am 11. November statt.

In Rußland scheint sich die Stimmung der Polen zugunsten der Warschauer Regierung gebessert zu haben. Aus Stockholm wird gemeldet, daß unter dem Ehrenpräsidium Alexander Lednickis am 19. Oktober die Beratungen der Tagung polnischer demokratischer Organisationen in Petersburg begonnen haben. Anwesend waren 608 Delegierte, die 49 Komitees und demokratische Klubs repräsentieren, deren Politik gegen die nationaldemokratische Partei Dmowskis (vgl. Grenzboten 1917 Nr. 42, S. 82) gerichtet ist. Diese nahmen eine Resolution an, die dem Regenschaftratsrate in Warschau huldigt und den Gehorsam ausdrückt. Die Resolution betont aufs entschiedenste, daß die Polen in Rußland keine eigene Politik führen dürfen, sondern sich den Austrägen des Vaterlandes fügen und beim Aufbau des polnischen Staates mitwirken müssen. Zugleich wurde aber auch die Resolution gefaßt, daß die einzige richtige Lösung der polnischen Frage in der Bildung eines vereinigten (nämlich mit Posen und Galizien) unabhängigen polnischen Staates mit einem Zugang zum Meere bestehen könne. In demselben Sinne hat schon früher Lednicki zu einem Vertreter des „Stockholmer Dagblad“ sich geäußert: „Die in Rußland weilenden Polen sind in der Auffassung des grundsätzlichen (von der russischen Regierung gutgeheißenen) nationalen Programms unbedingt

*) Darüber „Grenzboten“ Nr. 42, S. 83.

einig: sie fordern die Wiederherstellung und die Vereinigung eines unabhängigen Polens mit einem Zugange zum Meere, der eine notwendige Vorbedingung für die normale Entwicklung des Wirtschaftslebens des Landes ist. Die polnischen Emigranten ertragen mit Geduld die zahlreichen Entbehrungen in der Hoffnung, daß der Krieg ihre nationalen Aspirationen vollständig realisieren wird.“ Nachträglich wird bekannt, daß Lednicki auch die Ententemächte für die Erweiterung der Grenzen Polens bis zur Ostsee einzunehmen suchte. Da er aber gegen die Bildung einer polnischen Armee in Rußland war, fand er wenig freundliches Entgegenkommen. Gegen eine polnische Armee in Rußland sprach sich auch eine polnische Konferenz in Petersburg am 21. Oktober aus. Weit geringer ist der Anhang der Warschauer Regierung in den westlichen Ententeländern. Zwar erfahren wir, daß ein Teil der polnischen Emigration in Paris sich gegen die Bildung der polnischen Armee in Frankreich aussprach und betonte, daß Paris und Frankreich höchstens anderthalbtausend polnische Soldaten stellen könnte. Die französische Regierung betreibt aber mit der Mehrheit der Polen in Frankreich, England und Amerika die Werbung weiter und hat zu diesem Zwecke polnische Abgeordnete nach Brasilien und Nordamerika geschickt. Zahlreiche Polen sollen sich hier gemeldet haben und jubeln Frankreich zu. Die „Times“ vom 8. Oktober drückt darüber ihre Freude aus und veröffentlicht die Zustimmung des amerikanischen Kriegsdepartements und den Aufruf Paderewskis, des Präsidenten des polnischen Nationalkomitees in Amerika, der in überschwenglichen Worten die Polen zum Kampfe ruft. Am selben 100. Todestage Kosziuskos,*) an dem die Mittelmächte Polens Regierung ausbauten, möchte dieser Aufruf eine polnische Armee auf dem Kontinent entstehen sehen. „Frankreich hat diese Armee ins Leben gerufen und ihr Unterstützung angeboten. Frankreich benötigt nicht Polens Opferblut; es kann ohne unsere bescheidene Hilfe auskommen. Unsere Armee ist nicht für Frankreich, sondern für Polen nötig!“ Die „Times“ vom 20. Oktober berichten, daß die Ententemächte das polnische Nationalkomitee bestehend aus Dmowski (Paris), Fürst Ladislaus Lobowski (England) und Paderewski (Vereinigten Staaten) anerkannt haben. Das Ziel des Komitees sei: Polen mit einem Zugang zum Meere, Kampf der polnischen Armee an der französischen und russischen Front bis zur Vernichtung des preußischen Militarismus und zum endgültigen Siege der Alliierten. „Zu diesem Zwecke wird das Komitee eine aktive Propaganda in allen Ländern entfalten.“

In der Presse Polens und Galiziens werden Nachrichten über das polnische Meer in Frankreich ziemlich kühl behandelt. Aber eine genügend scharfe und klare Zurückweisung ist noch nicht erfolgt. Noch weniger hat der frühere Staatsrat und der neue Regenschaftsrat bisher dagegen klare Stellung genommen. Sonst findet man aber doch manche polnische Stimme, die gegen die Sirenen Gesänge der Entente auftritt. „Ziemia Lubelska“ (21. September) behandelt die „Illusionen und Schwindeleien der Entente und die Wege der Realpolitik“: „Jetzt weiß man also deutlich, warum der Bau des polnischen Staates so widerspenstig vor sich

*) Auch ein englisch-polnisches Komitee wurde zur Feier des Todestages Kosziuskos gebildet und eine Medaille aus diesem Anlaß von einer berühmten englischen Bildhauerin geprägt.

geht. Die polnische Mehrheit wird stets, ohne es zu wissen, am Gängelband der englischen Interessen geführt*). Ist es nicht besser, das Erreichbare zu nehmen, als mit hysterischen Stimmen nach Allem zu schreien.“ Ähnlich schreibt die „Gozina Polski“ vom 5. Oktober: „Die Gegner des Aufbaues des polnischen Staates arbeiten unermüdet im Sinne der bekannten Weisungen der Entente, welche in der allgemein bekannten ‚Instruktion‘ des Herrn Dmowski veröffentlicht waren. Nachdem sie sahen, daß die bisherigen Mittel der Nichtzulassung zur staatslich-schöpferischen Arbeit nicht ausreichten, ergreifen sie ein neues, im Lager der Nationaldemokratie längst erprobtes Mittel. Es ist dies die Versteigerung der Zugeständnisse. Die Zentralmächte geben die Unabhängigkeit, ‚das ist zu wenig‘ — sagen die Nationaldemokraten — ‚wir wollen die Unabhängigkeit mit der Zulassung zur See.‘ — Selbstverständlich ‚den besten Patrioten‘, als welche sich einzig die Nationaldemokraten betrachten, paßt es nicht, darauf einzugehen, was die Deutschen geben. — Die ‚einzigen, wahren Vertreter des Volkes‘ müssen doch am meisten verlangen, denn sonst wären sie nicht die einzigen.“ Auch die „Wiadomosci Polski“ betonen, daß der Bau eines polnischen Staates in Anlehnung an die Entente nicht möglich sei. Ein polnischer Staat kann gegen das Interesse der Zentralmächte nicht gebildet werden. Die „Passivisten“ vergraben Polen in ihre Herzen; die „Aktivisten“ wollen ein lebendes Polen haben und verlassen daher die Sphären der schönen Träume. Diese und ähnliche polnische Stimmen veranlassen die Times am 1. November zur Klage, daß die Lage in Polen sehr kritisch sei und die Verhältnisse zur Verwirklichung der deutschen Hoffnungen führen. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß andere Zeitungen Polens entsprechend den polnischen Parteien**), die sie vertreten, auch einen verschiedenen Standpunkt einnehmen werden. Diese Parteien im Lande bilden die große Schwäche Polens gegenüber dem geschlossenen Vorgehen der Mehrheit der ententefreundlichen Polen im Auslande, ein Umstand, der zur berechtigten Besorgnis Anlaß gibt. Interessant ist es nachzulesen, wie Herr A. Bolecki (Wien) in einem Artikel in „Mitteleuropa“ S. 216 zu beweisen sucht, daß die Polen in Frankreich sich mit den Franzosen verbrüderm müssen, weil dies den mitteleuropäischen Gedanken fördere.

In Österreich hat sich die polnische Stimmung etwas beruhigt. Der Polenklub ist nach langem Konklave für die Obmannswahl endlich wieder verhandlungsfähig geworden und seit Anfang Oktober fand eine Annäherung an die Regierung statt. Schon am 2. Oktober stellt der Obmannstellvertreter Daszynski fest, daß die Polen keine Politik gegen den Staat und das Parlament machen wollen und gegen entsprechende Zugeständnisse mit der Regierung gehen würden. Die Forderungen betreffen zunächst die Zivilverwaltung Galiziens und die galizische Region, die nur an der Ostfront verwendet und als Rader für das polnische Heer betrachtet werden sollte. Nach erhaltenen Zugeständnissen stimmten die Polen für das viermonatliche Budgetprovisorium. Aber der geschäftsführende Obmann Dr. Glombinski hat es sich nicht versagt, am 20. Oktober zu erklären, „daß die polnische Frage, wie alle (?) Polen glauben, nur auf internationalem Wege, hoffentlich auf einem Weltkongreß, gelöst werden kann.“ Bemerkenswert ist auch,

*) Man vgl. unsere früheren Ausführungen in den „Grenzboten!“

**) Darüber *Mitteleuropa* Nr. 19 „Die Presse und die Parteien in Polen“.

daß anfangs Oktober der Abgeordnete Witos öffentlich jene polnischen Legionäre scharf angegriffen hatte, die in den Reihen der deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen geblieben sind und dort den vorgeschriebenen Treueid geleistet haben. Daraufhin hat das Offizierkorps der Legionen durch Major Lazarstki von Witos Genugtuung gefordert. Auch das Oberste polnische Nationalkomitee hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und Witos die Mißbilligung ausgesprochen. Im allgemeinen hat sich die gemäßigte Richtung wieder mehr durchgerungen. Dem entspricht auch die Anfangs Oktober gemeldete Bildung einer neuen polnischen politischen Partei unter dem Namen „Gruppe der nationalen Arbeit“. Sie will eine Organisation der gemäßigten Elemente aus allen polnischen Parteien durchführen und in allen Ortschaften Galiziens Vereine der nationalen Arbeit gründen. In einem Aufruf der Gründer der neuen Organisation wird gegen den unfruchtbaren politischen Maximalismus, welcher sich gegenwärtig in Galizien breitmacht, und den Polen großen Schaden zufügt, Stellung genommen. Bezüglich der Lösung der polnischen Frage steht die neue Organisation auf dem Boden des Programms des Obersten Nationalkomitees. (Vgl. mein „Polen und die polnisch-ruthenische Frage“ 2. Aufl., S. 100 f.).

Die deutsche Presse nahm zu den Patenten vom 12. September je nach ihrer Stellung eine verschiedene Haltung ein. Während die liberalen und demokratischen Blätter den Schritt guthießen, tadelten ihn die konservativen und völkischen. Der Kern aller dieser Ausführungen ist: die Polen waren und sind unzuverlässig; sie haben stets gegen Deutschland und Österreich gehetzt; werden sie jetzt ihre Politik wirklich ändern und im engsten Anschlusse an die Centralmächte allein ihr Heil suchen; wird das selbständige Königreich und sein Reichstag nicht ein Tummelplatz für die uns feindlichen Mächte sein und wird es nicht dem folgen, der mehr gibt, oder doch verspricht? Das neue Königreich ist von Berlin nur wenige Stunden entfernt. Preußen ist aus dem Zerfall Polens entstanden, auch Ostpreußen ist ehemals polnisches Land. Der polnische Staatsgedanke, den wir als Waffe gegen unsere Feinde und als Sicherung unserer Grenzen gebrauchen wollten, würde für Deutschlands Zukunft gefährlich werden, zumindestens müßte dafür gesorgt werden, daß das neue Reich militärisch, politisch und wirtschaftlich unauflöslich mit den Mittelmächten verbunden bleibe, daß auf das Verkehrs-wesen uns Einfluß zustehe, Polen niemals wirtschaftlich zum Kampfplatz für uns werde u. dergl. Die Rechte der deutschen Ansiedler sind festzulegen. Es wird auch der Vorschlag gemacht, die Polen aus Preußen und Österreich zum Teil auf die polnischen Staatsgüter zu versetzen. Viel seltener sind Vorschläge, die Vorschläge machen, wie der polnische Staat auszubauen sei. Darauf kommt es aber vor allem an! Ein österreichischer Politiker legt in der Deutschen Zeitung (Berlin, 2. Oktober) dar, daß an ein Festhalten Polens in deutscher Hand nicht zu denken sei. Käme es aber doch dazu, so würden die Polen Galiziens in Österreich bleiben, es nach den Erfahrungen der letzten Monate mit der slawischen Majorität ganz beherrschen und dann auch eine gegen Deutschland gerichtete Politik durchsetzen. Um Österreich dem bisherigen Bündnisse zu erhalten, müsse daher Galizien aus Österreich ausscheiden. Das könne aber nur geschehen durch Angliederung an Polen und zwar nur unter der Bedingung, daß der Kaiser von Österreich polnischer König werde; sonst würde Österreich seine größte Provinz nicht aufgeben

können. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt wenige Tage später (9. Oktober) ein Artikel in „Mitteleuropa“. Auch er verweist darauf, daß ein vollständig sich selbst überlassener polnischer Staat uns gefährlich werden könnte, besonders wenn er auch ruthenische, weißrussische und litauische Gebiete umfassen würde. Eine Angliederung an Deutschland sei undurchführbar. Denn Polen kann kein deutscher Bundesstaat werden; die Verbindung mit einer Personalunion führt zu nichts; die Entsendung eines deutschen Fürsten nach Polen ist durchaus keine Bürgschaft für die Politik eines sonst selbständigen Polens. Ein neutralisiertes Polen würde das Schicksal finden, wie die seinerzeit am Wiener Kongreß errichtete Republik Krakau. So bliebe noch die Möglichkeit: Polen dem österreichisch-ungarischen Staate anzufügen.*)

Wie man sieht, kehren diese Vorschläge dazu zurück, was in Österreich schon lange als der gangbarste Weg bezeichnet wurde. Ich habe das schon in „Polen und die polnisch-ruthenische Frage“ (Leipzig 1916) angedeutet, soweit es die Zensur möglich machte, und in dieser Zeitschrift (Nr. 29 dieses Jahres) als den gangbarsten Weg bezeichnet, von dem der Akt des 5. November 1916 abwich. Wie es dazu kam, möchte ich auch gegenwärtig unerörtert lassen. Ob die Schuld ganz Bethmann Hollweg trifft, oder ob es richtig sei, daß eine schon im November 1915 von Deutschland geplante Ordnung im Sinne der jetzt wieder aufgenommenen Form durch Ungarn verhindert worden sei, das die von Deutschland geforderten Garantien nicht bieten wollte, wird sich erst in Zukunft zeigen (siehe Grazer Tagespost 2. November 1917).

(Schluß folgt).



Randglossen zu Brest-Litowsk



ie Vorgänge in und um Brest-Litowsk finden eine blickartige Beleuchtung durch die in der sogenannten alldeutschen Presse („Rheinisch-Westfälische Zeitung“, „Deutsche Zeitung“, „Post“, Berliner und Leipziger „Neueste Nachrichten“) am Sonnabend und Sonntag verbreitete Nachricht, daß der Erste Generalquartiermeister der Armee Generalleutnant Ludendorff „wegen Brest-Litowsk“ sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe. Aus einer amtlichen Ablehnung geht hervor, daß ein solches Rücktrittsgesuch nicht vorliegt, soll wohl heißen, daß es nicht mehr vorliegt. Denn eine Nachricht von solcher die Stimmung aufpeitschenden und zugleich zermürbenden Tragweite, wie die vorliegende, wäre von einer verantwortungsbewußten Presse nicht verbreitet worden, wenn sie nicht tatsächlich der Wahrheit entspräche. Ludendorffs Entschluß scheint bei oder nach dem Kronrat vom 5. Januar erörtert worden zu sein. Unsere Lage in Brest-Litowsk hatte sich in der Tat so zugespitzt und wird durch die Haltung der „Mehrheits“-Presse weiter so auf des Messers Schneide gehalten, daß es nur erklärlich erscheint, wenn General Ludendorff sein

*) Wir machen auf die Stellungnahme unseres Herrn Herausgebers zur Lösung des polnischen Problems in Heft 49 der Grenzboten 1917 aufmerksam. Die Schriftleitung.